
FDP Offenbach

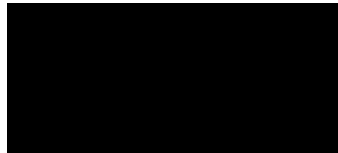
FDP SORGT SICH UM ZUKUNFT DES KLINIKUMS

14.04.2011

Die FDP-Fraktion macht sich Sorgen um die Zukunft des Offenbacher Klinikums in öffentlicher Hand. Daher hat sie die von Kämmerer Michael Beseler (SPD) angekündigte externe Prüfung der der Klinik ausdrücklich begrüßt. Beseler hatte diese angekündigt, nachdem die Verluste im vierten Quartal 2010 höher lagen als erwartet. Schon in ihrem Kommunalwahlprogramm bezweifelte die FDP aus einer eigenen Bilanzanalyse heraus die Zukunftsprognose der Klinikleitung und forderte eine unabhängige Überprüfung. Diese soll nach Vorstellung der Liberalen künftig bei der SOH angesiedelt werden.

Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Dr. Vera Langer beklagt, „in den letzten Jahren seien die gut klingenden Voraussagen niemals eingetreten“. Vor diesem Hintergrund könne sie nicht nachvollziehen, warum Klinikchef Hans-Ulrich Schmidt die Lage „relativ entspannt“ beurteilt. Trotz beachtlicher finanzieller Opfer der Mitarbeiter und großer Unterstützung der Stadt Offenbach, zuletzt mit allein 33 Millionen Euro im Dezember 2010, habe sich die wirtschaftliche Situation des Klinikums in den letzten Jahren dramatisch weiter verschärft.

Das Klinikum ist nach Auffassung der Liberalen unersetzlich für die Gesundheitsversorgung der Bürger sowie als bedeutender Arbeitgeber und wichtig als Standortfaktor. Die Stadt Offenbach werde aber nicht endlos weiter einfach Geld in das defizitäre Klinikum zuschießen können, weil dies die Kommunalaufsicht „niemals mitmachen wird“, ist sich Dr. Langer sicher. Die Liberalen erwarteten deshalb ein deutliches Sparprogramm, eine Konzentration auf das Kerngeschäft des Klinikums und einen Verzicht auf riskante Markterweiterungsstrategien. Die Liberalen sehen auch das Erfordernis, die Zusammenarbeit mit den Fachärzten weiterzuentwickeln. In „Sanierungstarifverträgen“ sieht die FDP hingegen keine Lösung. Denn die Klinik lebe von hochqualifizierten und motivierten Personal, um im Wettbewerb zu bestehen. Außerdem sei das Hessische Sozialministerium gefordert, eine Zusammenarbeit mit anderen



öffentlichen Kliniken voranzutreiben, um Kosten zu reduzieren.